

Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

Situation der Umwelt

Der Zustand der Umwelt in der BRD ist bei genauem Hinsehen sehr problematisch. Zwar gelang es in den letzten Jahrzehnten durch gezielte wirksame Maßnahmen der Politik viele Verbesserungen herbeizuführen (wie z.B. der Bau von Kläranlagen, der die Gewässerqualität ebenso verbessert oder die Filteranlagen der Chemischen Industrie), aber gerade im Bereich der Artenvielfalt, des Schadstoff- und CO₂-Ausstoßes oder der Qualität und auch Quantität des Grundwassers werden eklatante Probleme sichtbar.

Deutschland durchläuft derzeit ein EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen des extrem hohen Nitratgehalts des Grundwassers. Ein weiteres droht wegen der Phosphatbelastung ebenso wegen des hohen Ausstoßes an Ammoniak (NAK-Richtlinie). Auch sollte gemäß der Wasserrahmenrichtlinie die Qualität der Oberflächengewässer bereits deutlich verbessert worden sein. Dieses Ziel haben wir nicht erreicht. Hauptgründe für diese Probleme liegen in der Landwirtschaft. Das Ausbringen der Gülle aus der Tierhaltung als auch der Gärreste der Biogasanlagen führt zu einer extremen Überdüngung der Böden, die die Nährstoffe nicht mehr aufnehmen können und diese dann in das Grundwasser abgeben. Hinzu kommen Importe von Gülle gerade im grenznahen Bereich zu den Niederlanden.

*Umweltbelastungen
minimieren*

Rolle der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen Strukturwandel durchlaufen. Die ehemals eher kleinbäuerlichen Strukturen in Westdeutschland mit multiplen Produktionsformen gingen immer mehr in spezialisierte mittel- und großbäuerliche Betriebsformen bis hin zu Agrarunternehmen über. Tierhaltung wird in vielen dieser Unternehmen ohne Boden- und Ackerfläche betrieben, Tiernahrung folglich hinzugekauft. Dieser Wandel wurde durch die Agrarpolitik sowohl des Bundes als auch der EU gefördert bzw. noch beschleunigt. Hinzu kamen die Strukturen der Ostdeutschen Länder, in denen so gut wie kaum mehr Kleinbauern zu finden sind. Als Nachfolgeunternehmen der ehemaligen LPGs der DDR bestehen sie fort. Als Folge beobachten wir einen Wertewandel, der Land und die Tiere nur noch als Betriebsmittel versteht. Gewinnoptimierung wird zur Maxime und möglichst hohe Subventionen werden als Ziel angestrebt. Damit geht eine geringe Wertschätzung der Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts einher.

War das Bestreben der Bauern früher darauf ausgerichtet, ihren Nachkommen ein fruchtbares Stück Land zu hinterlassen, so geht es heute hauptsächlich nur noch um die Frage, wie der größte Ertrag erzielt werden kann und somit der „Hof“ wettbewerbsfähig ist. Der Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln gilt als selbstverständlich, egal ob dadurch die Artenvielfalt auf der Strecke bleibt oder der Boden durch die ständige Bebauung zum großen Teil in Monokultur ohne Fruchtfolge ausgelaugt wird. Einer der Hauptakteure dieser Entwicklung ist der Deutsche Bauernverband. Der Interessenverband, der die meisten Mitglieder unter den vielen kleineren Landwirten hat, vertritt hier hauptsächlich die Interessen der großen Bauern und Agrarfabriken. Bestes Beispiel dafür ist sein beharrliches

Einsatz chemischer Dünge- und Pflanzenschutzmittel vermeiden

Festhalten an der „Hofabgabeklausel“, um dadurch Kleinbauern, die keine Nachfolge oder Pächter finden, ihren Anspruch auf die von ihnen durch Beiträge erworbene Anwartschaft auf die Rente zu verwehren. Das verbleibende Geld in der Rentenkasse kann so auf weniger Anspruchsberechtigte aufgeteilt werden. Auch wehrt sich der Deutsche Bauernverband vehement gegen eine Reduzierung der Gelder der 1. Säule, aus der die Prämien pro Hektar bezahlt werden, zugunsten einer Umschichtung in die 2. Säule, um dadurch z.B. ökologische Leistungen oder Programme für kleinere Betriebe aufzulegen. Durch dieses Prinzip erhält derjenige, der sowieso schon viel besitzt, noch mehr und der Strukturwandel wird weiter angeheizt. Gerade zur Förderung des Ökologischen Landbaus sind aber mehr Gelder in der 2. Säule dringend notwendig. (Zur Erläuterung aus: http://ec.europa.eu/agriculture/organic/eu-funding/eu-funding-and-the-new-cap_de

- Die „Ökologisierung“ von 30% der Direktzahlungen an Landwirte wird sich auf drei umweltfreundliche Tätigkeiten beziehen: Anbaudiversifizierung, Erhaltung von Dauergrünland und Erhaltung von im Umweltinteresse genutzten Flächen (zunächst 5%, ab 2018 7%). Maßnahmen, die sich mindestens genauso positiv auf die Umwelt auswirken, können ebenfalls gefördert werden.
- Mindestens 30% der Haushalte für die ländliche Entwicklung müssen für Umweltschutzmaßnahmen, **Unterstützung für ökologische/biologische Landwirtschaft** oder umweltfreundliche Investitionen und Innovationsmaßnahmen aufgewendet werden.

In der Bundesrepublik erreichen wir z. Zt. in der 2. Säule 5,9 %, (Stand 2016.)

Wir streben ein gemeinsames politisches Forum aus Landwirtschaftsverbänden und Umweltverbänden an,

Forum aus Landwirtschafts- und Umweltverbänden errichten

um möglichst durch Konsenspolitik Verbesserungen für die Landwirte zu erzielen.

Auswirkungen der deutschen Landwirtschaftspolitik auf die Welt insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer

Doch nicht nur für Deutschland bringt diese Landwirtschaftspolitik Probleme, sondern auch für die Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Kohärenz zwischen Entwicklungsförderung, Fischerei- und Landwirtschaftspolitik besteht z. Zt. nicht. Durch die starke Exportorientierung der deutschen Landwirtschaft werden nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf einen Tiefstand gesenkt, sondern auch viele Kleinbauern gerade in den Afrikanischen Staaten ihrer Existenzgrundlage beraubt. Bestes Beispiel dafür ist die Produktion von Geflügelfleisch in Deutschland. Bei uns bevorzugen Konsumenten das Brustfleisch des Hähnchens. Die restlichen Hähnchenteile, die in Deutschland nicht nachgefragt sind, werden zu Spottpreisen in Afrikanische Staaten verkauft, was den dortigen Wettbewerb so verzerrt, dass die ortsansässigen Hühnerzüchter nicht mehr existieren können. Auch aus diesem Grunde fliehen die ihrer Existenz beraubten Bauern zu uns nach Deutschland, weil sie im eigenen Land verhungern würden.

Außerdem werden die Landwirte in den sogenannten Schwellenländern von der Deutschen Entwicklungshilfe beraten, möglichst viel Pestizide und Pflanzenschutzmittel einzusetzen, was der Chemischen Industrie zugutekommt. Die Mittel werden mit Flugzeugen großflächig und mit der 15fachen Dosierung ausgebracht. Für die dort lebenden Menschen bedeutet dies ein enormes Risiko, an Krebs zu erkranken oder missgebildete Kinder zur Welt zu bringen. Die Ernte wiederum, zumeist auch noch genetisch

Einsatz von Pestiziden und Pflanzenschutzmitteln in Entwicklungsländern deutlich senken

verändertes Soja, wird dann nach Europa exportiert und hier hauptsächlich in der Schweinemast eingesetzt, sodass wir diese Gifte wieder zu uns zurückholen. So schließt sich der Kreis. Unlängst hat die Argentinische Regierung den Frauen abgeraten, Tampons zu verwenden, weil diese durch die Verwendung der Gen-Baumwolle einen extremen Gehalt an Glyphosat aufweist, das im Verdacht steht krebserregend zu sein.

Alle Verursacher des Klimawandels einbeziehen

Wir fordern, dass alle Verursacher des Klimawandels einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für

- die Energiewirtschaft.
- Wir setzen in Deutschland noch immer mit 85 % auf fossile Energieträger und nur mit ca. 15 % auf erneuerbare Energien.
- den Verkehr, insbesondere auf der Straße und in der Verkehrsluftfahrt

Alle Verursacher des Klimawandels einbeziehen

Ziele einer sozialen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

Klima- und Umweltziele

Auf dem Klimagipfel in Paris wurden in diesem Jahr Klimaziele für das Jahr 2050 festgelegt, die weitreichender sind als alles bisher vereinbarten und weltweit als großer Erfolg gefeiert werden. **Nun müssen die Staaten aber auch den Weg beschreiten, diese Ziele zu verwirklichen**, damit der Gipfel nicht als Show-Veranstaltung in die Geschichte eingeht. Das Deutsche Umweltministerium unter der Leitung von Barbara Hendricks war nicht nur auf dem Gipfel einer

Ziele des Klimagipfels von Paris umsetzen

der Vorreiter, sondern hat bereits durch Experten Vorschläge erarbeiten lassen, wie die Klimaziele zu erreichen sind.

Ein großes Kapitel gehört dabei der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft hat insbesondere durch ihre intensive Tierhaltung einen großen Anteil am Ausstoß klimaschädlicher Gase. **Grundsätzlich sollte darüber nachgedacht werden, ob die Produktion solcher Mengen an Fleisch nötig ist.** Übermäßiger Fleischgenuss ruft erwiesenermaßen gesundheitliche Schäden bei den Menschen hervor. Eine wichtige Forderung ist die Bindung der Tierhaltung an die Fläche.

Tierhaltung an die Fläche anbinden

Betriebe mit über 1000 Großtiereinheiten weisen häufig kaum noch Land vor, da Futtermittel zum großen Teil durch Import gekauft und später auch die Gülle abtransportiert wird. Gerade um das Grundwasser vor extremer Nitratbelastung zu schützen, **muss die Ballung von Tierhaltung in bestimmten Gebieten reduziert werden.**

Tierhaltung in bestimmten Gebieten reduzieren

Neben Nitrat werden von der Massentierhaltung auch andere Einträge sowohl in die Gewässer als auch in die gesamte Umwelt verursacht. Phosphate, Hormone und Medikamente wie Antibiotika oder Schmerzmittel verunreinigen unser Trinkwasser und führen zu Keimresistenzen. Um die Gesundheit von Mensch und Natur zu schützen ist hier ein sofortiges Umdenken erforderlich. **Des Weiteren muss die Grünlandbewirtschaftung sowie die Weidehaltung gefördert werden,** auch wenn letztere zu einem unkontrollierten Ammoniakausstoß führt, bleibt dies immer noch die natürlichste Form der Tierhaltung. **Wir müssen, wo immer es möglich ist, den Weg weg von der intensiven zur extensiven Tierhaltung gehen.** Grünland bindet ebenso wie Torf das CO₂ am besten und fördert die Humusbildung. Gerade in Zeiten von extremen Hochwasserkatastrophen

Grünlandbewirtschaftung und Weidehaltung fördern

Von der intensiven hin zur extensiven Tierhaltung kommen

muss der Umbruch von Weide in Ackerland und die fortschreitende Bodenerosion durch Stürme dringend vermieden werden. **Der Anbau von Hecken als natürliche Acker- und Weidenbegrenzung muss forciert werden.**

Klima- und Umweltschutz muss als politische Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern formuliert werden.

Mit nachhaltiger Siedlungsentwicklung wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen unter Berücksichtigung vorhandener ungleicher Voraussetzungen schaffen.

*Nachhaltige
Siedlungsentwicklung fördern*

Siedlungsstrukturen müssen nachhaltig die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen für alle Alters- und Einkommensgruppen, auch mit eingeschränkter Mobilität (körperlich oder ohne Auto), ermöglichen. Eine „Mindestdichte“ der Besiedlung erleichtert oder ermöglicht erst die (öffentliche) Daseinsvorsorge: Ärzte, Lebensmittelversorgung, Straßen, ÖPNV, Strom, Wasser, Abwasser, Telekommunikation. Gleichzeitig werden Flächenverbrauch und -versiegelung verringert.

Wir fordern

- **Mikroplastik und Nanotechnik zu begrenzen, zu filtern und zu steuern**
- **Binnenschifffahrt auf unseren Wasserstraßen fördern. Überprüfung, ob für den Transport von Waren und Gütern rückgebaute Gewässer, erneut für die Binnenschifffahrt erschlossen werden können.**
- **Schiene statt Straße**
- **Erhöhung der LKW-Maut**
- **Einführung einer Bemannung der Überlandbusse**

Nachhaltige Mobilität fördern

- **Nachhaltigen Personenverkehr**
 - Fußgängerverkehr
 - Ausbau der E-Mobilität
 - Radverkehrsstrategien

Gesunde Lebensmittel und Tierwohl

Statistiken belegen, dass die Lebenserwartung der Menschen an ihr Einkommen gekoppelt ist, was bedeutet, dass diejenigen, die über weniger Einkommen verfügen, früher sterben. Die Qualität der Lebensmittel spielt hierbei neben dem Zugang zu bester medizinischer Versorgung eine entscheidende Rolle. Menschen, denen nur wenig Geld zum Kauf ihrer Nahrung zur Verfügung steht, greifen eher zu vermeintlich preiswerten Produkten. Fertigprodukte, deren Inhaltsstoffe häufig nicht den Richtlinien einer gesunden Ernährung entsprechen, werden bevorzugt. Werbung und die Aufmachung der Produkte suggerieren, ein besonders hochwertiges Produkt oder gar ein „Modeprodukt“ zu erwerben. **Im Sinne eines Einklangs von Mensch und Natur muss die Herstellung von Bioprodukten besser gefördert werden, damit der Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle möglich ist.**

Herstellung von Bioprodukten besser fördern

Die SPD plädiert deshalb schon lange für ein sogenanntes „Ampelmodell“, bei dem die Menschen auf den ersten Blick erkennen können, ob ein Produkt eventuell Gefahren für ihre Gesundheit z.B. durch einen hohen Salz- oder Fettgehalt birgt. In diesem Zusammenhang **müssen insbesondere – aber nicht nur – Kinder geschult werden, welche Lebensmittel gut oder schlecht für ihre Gesundheit sind.**

Lebensmittelampel einführen und Kinder darüber schulen, welche Lebensmittel gesund und ungesund sind

Das über Generationen vermittelte Wissen über Ernährung geht rapide verloren. Besonders betroffen sind hiervon gerade die unteren Einkommensschichten.

Hinzu kommt, dass Grenzwerte für Pestizide und Herbizide immer mehr angehoben werden. Den VerbraucherInnen wird so eine vermeintliche Sicherheit suggeriert, die von Behörden und Ämtern wie dem Bundesamt für Risikobewertung (BfR) nahezu willkürlich festgesetzt wird. Am Beispiel Glyphosat zeigt sich, dass Rückstände dieser Wirkstoffe in unseren täglichen Lebensmitteln wie dem Brot vorkommen, ohne dass die Menschen sich dessen bewusst sind. Die intensive Tierhaltung birgt Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Geflügel, Schweine und Rinder die in großen konventionellen Betrieben gehalten werden, bekommen Medikamente, die beim Verzehr, aber auch durch Ausscheidungen, die in das Grundwasser gelangen, auf den Menschen übergehen. Die schlecht kontrollierte Verabreichung von Antibiotika führt bereits dazu, dass sich resistente Keime entwickelt haben, die dann bei Mensch und Tier zum Tode führen können. Das Medikament wird zumeist nicht nur dem erkrankten Tier verabreicht, sondern prophylaktisch dem ganzen Stall. Geflügel ist so überzüchtet, dass möglichst viel Brustfleisch gebildet wird, dass das Knochengerüst nicht mehr in der Lage ist, dieses schmerzfrei zu tragen. Die Tiere erhalten Paracetamol, ein gängiges Schmerzmittel auch in der Humanmedizin. Ein Großteil dieser Schmerzmittel wird ausgeschieden und geht über die Ausbringung der Gülle wieder ins Grundwasser über. Bei empfindlichen Menschen kann das zu Magenblutungen führen. In der BRD sterben bereits heute mehr Menschen an Magenblutungen durch Schmerzmittel als an der Grippe.

Wenn man diese Zusammenhänge betrachtet, ist die Forderung nach mehr ethischer Tierhaltung nicht nur als Tier- sondern auch als Menschenschutz zu verstehen.

Gefahren der intensiven Tierhaltung für die Gesundheit des Menschen aufzeigen

Ethische Tierhaltung auch als Schutz für den Menschen verstehen

Die halbherzigen Programme der Lebensmittelindustrie in Zusammenhang mit dem Einzelhandel sind nur Augenwischerei, die vom Verbraucher auch durchschaut

wird. Schweine durch das Aufhängen einiger Stricke als Spielzeug zu beschäftigen, damit sie sich nicht durch Beißen verletzen, ersetzt keine artgerechte Tierhaltung.

Hier muss der Gesetzgeber die Normen entsprechend festlegen und nicht nur der Forderung nach viel billig produziertem Fleisch nachgeben. Ebenso muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen der Lebensmittelkontrolle überdenken, um solche Skandale wie „Bayern-Ei“ und „Gammelfleisch“ zu vermeiden. Dass die Kontrolle durch die Amtstierärzte in den Schlachthäusern nicht funktioniert, erkennt man z.B. daran, dass ca. 70% der Geflügelfleischproben mit Bakterien belastet waren, die nur im Darm vorkommen. Hiervor müssen wir unsere über 80 Millionen Verbraucher schützen.

Rahmenbedingungen der Lebensmittelkontrollen überdenken

Um lange Transportwege unserer Lebensmittel aus landwirtschaftlicher Produktion zu vermeiden fordern wir eine Hinwendung zur Markthallen- und Marktplatzkultur, um regionale Fleisch- und Wurstprodukte, Gemüse- und Obst anbieten zu können.

Markthallen- und Marktplatzkultur unterstreichen

Kleingärten für die ökologische Versorgung ihrer Pächter wollen wir stärken. Die Umwandlung der Schrebergärten in Wohnbebauung etc. wollen wir untersagen.

Kleingärten fördern

Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen

Die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Landwirtschaft haben sich in den letzten Jahrhunderten zwar durch den Einsatz von Maschinen und chemischen Mitteln verbessert, an der sozialen Schieflage hat sich nichts geändert. Die Besitzer der Großbetriebe schöpfen gute Gewinne ab und sei es nur durch die Subventionszahlungen der EU, die

Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz und die abhängig Beschäftigten, vor allem die ungelernten Saisonarbeiter aus Osteuropa, verdingen sich zu menschenunwürdigen Bedingungen.

Man denke nur an den Aufschrei aus der Landwirtschaft bei der Einführung des Mindestlohns und der damit zusammenhängenden Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeiten zurück. Die rumänischen, bulgarischen oder polnischen Saisonarbeiter schufteten 12 - 16 Stunden am Tag, sieben Tage pro Woche für einen geringen Lohn. Für den Schlafplatz in einem Container, der ihnen weniger Platz als einem Huhn im Käfig bietet, wird ihnen ein beträchtlicher Teil ihres Verdienstes abgezogen. Hinter vorgehaltener Hand begründet, dass sie damit immer noch viel mehr als in ihren Heimatländern verdienen würden. Ihre Lage hat sich durch die Einführung des Mindestlohns geringfügig verbessert. Der Zoll kontrolliert und kann Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz anzeigen. Noch immer herrschen proletarische Verhältnisse und alles, weil der Markt nach immer billigeren Lebensmitteln nachfragt und unsere Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nur so konkurrenzfähig sei.

Auch die Situation der Kleinbauern hat sich in den letzten Jahren dramatisch durch den Preisverfall bei Grundnahrungsmitteln wie Milch oder auch Schweinefleisch verschlechtert, was viele dazu bewegt aufzugeben. Oftmals wurden sie von den Banken nach der Beendigung der Milchquotierung gedrängt, ihre Ställe zu vergrößern, um mehr Milch produzieren zu können. Heute erzielt deren Verkauf kaum noch die Hälfte der Erzeugerpreise. Eine ebenso unrühmliche Rolle spielen dabei die Molkereien, die die Milchbauern entsprechend unter Druck setzen. Die nur wenigen fair bezahlenden Molkereien können sich

Prekäre Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft bekämpfen

gleichzeitig nicht mehr vor Milch retten, die sie kaum noch verarbeiten und verkaufen können. **Hier muss dringend eine gezieltere Aufklärung der Verbraucher erfolgen.** Die wenigsten wissen, unter welchen Bedingungen die vermeintlich billige Milch produziert wird. Will man wirklich Milch von Kühen aus Massentierhaltung ohne Auslauf gefüttert mit genverändertem Soja aus Südamerika, das extrem mit Pestiziden und Herbiziden behandelt wurde?

Subventionspolitik ist das wichtigste Steuerungselement des Staates. **Der Landwirt, der seinen Hof so bewirtschaftet, dass es der Umwelt, den Tieren und insbesondere den abhängigen Menschen nützt und nicht schadet, gehört belohnt und gefördert** und nicht derjenige, der das meiste besitzt bzw. gepachtet hat. Nicht der Export in andere Länder, in denen wir durch unsere Billigwaren die dort heimische Landwirtschaft kaputt machen, gehört gefördert, **sondern der Absatz vor Ort ohne lange Transportwege und Zwischenhändler.** „Think global, buy local“ – in anderen EU-Mitgliedsstaaten in der **Lebensmittelherstellung durch erzeugende Betriebe schon lange Usus – muss auch bei uns umgesetzt werden.** Die Nachfrage nach Bioprodukten zeigt, dass auch der deutsche Verbraucher bereit ist, mehr für qualitativ hochwertige Produkte auszugeben. Die heimische Produktion kann mit der Nachfrage kaum schritthalten, sodass wir die meisten ökologisch produzierten Lebensmittel aus dem Ausland einführen müssen. Biomilch z.B. kommt aus Österreich und Schweden während wir unsere Milch zu Spottpreisen bis nach China schicken. **Hier muss noch mehr gezielte Beratung der Landwirte und auch gezielte Förderung stattfinden,** um wieder ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herzustellen.

Durch Subventionen nur nachhaltige Landwirtschaft fördern

„Think global, buy local!“ umsetzen

Biologische Landwirtschaft besser fördern

Schnellstmögliche Umsetzung der Energiewende

Um die Energiewende schnellstmöglich umzusetzen, **fordern wir Energieeinsparung im öffentlichen Bereich sofort umzusetzen und im privaten Sektor durch angemessene Maßnahmen zu fördern und zu begleiten. Die Effizienz unserer Kraftwerke muss verbessert werden.**

Energieeinsparungen im öffentlichen Bereich sofort umsetzen

Effizienz der Kraftwerke verbessern;

Die 100 % Ablösung der fossilen Energieträger muss bis 2050 vollzogen werden.

Möglichkeiten dazu gibt es schon heute. Mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Rest- und Abwärmenutzung, Nutzung der Geothermie, um nur einige Beispiele zu nennen, stehen Energielieferanten für jetzt und für die Zukunft zur Verfügung.

Fossilen Energieträger ablösen und bis 2050 CO₂-Neutralität schaffen

Wir wollen die CO₂-Neutralität bis 2050 erreichen. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 ist unser Ziel. Der Strukturwandel in Braunkohleregionen ist zu unterstützen.

Energiegenossenschaften sollen gefördert werden. Die Suche nach **dezentralen Lösungen zur Energieversorgung** muss Vorrang vor der Abhängigkeit von Energieriesen haben. So sollen weiterhin kleine Windenergieparks unter Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Denkbar wären auch die **Schaffung von attraktiven Anreizsysteme für die vermehrte Nutzung von Photovoltaikanlagen für den privaten Gebrauch** (Sanierung und Modernisierung von Wohnhäusern). Die Erforschung und den Einsatz der Wasserstoffspeicherung wollen wir forcieren.

Dezentrale Lösungen zur Energieversorgung bevorzugen

Eine Überprüfung der Preisgestaltung einhergehend mit weiteren der Ausnahmeregelungen für energieintensive

Unternehmen muss umgehend stattfinden. **Saubere Energie soll für die VerbraucherInnen nicht teurer werden.**

Die Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien ist so auszugestalten, dass geringere Transportaufwendungen entstehen. Dazu soll Strom dort billiger angeboten werden, wo er erzeugt wird und damit die Ansiedlung von energieabnehmender Wirtschaft begünstigen. Kosten für den Ausbau und Betrieb der Netze sollen den Abnehmern entfernungsabhängig auferlegt werden. Dadurch werden regional unterschiedliche Technologien der Energieerzeugung attraktiv. Durch das Angebot von preisgünstigem Haushaltsstrom akzeptieren die Bürger ggf. auch bauliche Belastungen ihrer Umgebung.

Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien so ausgestalten, dass geringe Transportaufwendungen entstehen

Verbraucherschutz (für alle)

Wir erwarten eine Unterstützung und Förderung regionaler Versorgung. Des Weiteren muss der **Verbraucherschutz so gestaltet sein, dass sich jeder leicht informieren kann** und dies nicht nur den gebildeten Schichten vorbehalten ist. **Der Kunde muss auf den ersten Blick erkennen können, wo sein Produkt herkommt und nicht nur verarbeitet wurde. Es soll nachvollziehbar werden, ob das Lebensmittel der Gesundheit abträglich sein kann,** weil es z.B. mit Pestiziden behandelt wurde oder dafür gentechnisch veränderte Pflanzen verwendet wurden. Der Informationsgehalt der Verbraucherschutzzentralen ist dem allgemeinen Bildungsstandard anzupassen und auch auf Wegen zugänglich sein, die im Alltag leicht einzusehen sind.

Leicht verständliche Kennzeichnung von Herkunft und Gesundheitswirkung der Lebensmittel für alle VerbraucherInnen einführen

„Wege/Rahmenbedingungen“

Gesetzliche Vorgaben

Die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, die auch von Deutschland unterzeichnet wurden, sind Leitschnur der unserer Politik. Die Ziele gesetzlicher Vorgaben müssen darin bestehen, **ein Optimum an Umwelt- und Tierschutz mit der Produktion gesunder und wertvoller Lebensmittel für die Verbraucher zu erreichen.**

Um die Umwelt und insbesondere die Gewässer zu schützen und deren Qualität zu verbessern, bedarf es strengerer Regeln insbesondere bezüglich der Düngung. **Sperrfristen zur Ausbringungen der Gülle müssen verlängert**, die Einarbeitung dieser muss innerhalb einer Stunde geschehen und die Bilanzierung muss nachvollziehbar und überprüfbar sein. Gerade die **Einhaltung der Düngeverordnung muss strikt überwacht und Vergehen streng geahndet werden.**

Eine zentrale Forderung ist deshalb die sogenannte „Hoftorbillanz“, durch die ersichtlich wird, welche Nährstoffe in den Hof kommen und wie sie diesen wieder verlassen.

Auch der **Maßnahmenkatalog zum Klimaschutzplan 2050 soll zeitnah umgesetzt werden.** Besonders der Erhalt und Ausbau von Grünland und Weidehaltung, die Maßnahmen zur Humusbildung, Reaktivierung der Moore und die damit verbundenen CO₂-Bindung sind dringend umzusetzen. Auch auf die Reduktion der Lebensmittelabfälle und der Tierbestände muss der Staat mit gesetzlichen Vorgaben hinwirken, wohingegen die ökologische Landwirtschaft ausgebaut werden soll.

Ebenso **strengere Regelungen bedarf es bezüglich des Einsatzes von Pestiziden, Herbiziden und Neonikotiniden** (sogenannte „Pflanzenschutzmittel“). Deren **Einsatz soll mit einer Zusatzabgabe belegt werden**, um

Strengere Regeln für Düngung durchsetzen

Klimaschutzplan 2050 umsetzen

Strengere Regelungen beim Einsatz von „Pflanzenschutzmitteln“ durchsetzen

zu vermeiden, dass beispielsweise die großflächige Verwendung von Glyphosat günstiger ist, als der Einsatz von Egge und Pflug zur Bodenbearbeitung. Die Einnahmen aus dieser Abgabe wären für Umweltschutzmaßnahmen wie Ausgleichsflächen – durch Hecken am Ackerrand - zu verwenden. Auch die **Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln müssen besser überprüft werden** und gegebenenfalls **Importe von belasteten Futtermitteln untersagt** werden.

Die **Haltungsbedingungen für Nutztiere sind wieder artgerecht zu gestalten**, d.h. sie brauchen ausreichend Platz, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten, um Verhaltensweisen wie Schwanzbeißen zu verhindern. Aus diesem Grund muss die Tierhaltung an eine bestimmte Fläche gebunden sein. In dem Zusammenhang soll auch auf Qualzuchten und „Kükenschreddern“ verzichtet werden.

Artgerechte Nutztierhaltung durch ausreichend Platz, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten garantieren

Bei Erkrankungen dürfen nur die kranken Tiere behandelt werden und nicht der ganze Stall prophylaktisch Antibiotika erhalten. Die sogenannten „Reserveantibiotika“ sind der Humanmedizin vorzubehalten. Die **Haltungsbedingungen müssen häufiger kontrolliert werden**. Landesbehördliche unangekündigte Kontrollen mit einer Mindestzahl an Kontrolleuren müssen sichergestellt sein.

Behandlung mit Antibiotika einschränken

Der Transport der Tiere insbesondere zur Schlachtung muss möglichst kurz sein und darf nicht aus Subventionsgründen quer durch Europa erfolgen. Ebenso sollen durch die Polizei mehr Kräfte bereitgestellt werden, die Tiertransporte überprüfen. Die Pelztierzucht lehnen wir in Deutschland grundsätzlich ab.

Lange Tiertransporte vermeiden

Im- und Exportpolitik

Die Deutsche Entwicklungshilfepolitik darf nicht mehr den Interessen des Exportes untergeordnet werden. Damit

Keine Billiglebensmittel in Entwicklungs- und Schwellenländer exportieren

verbieten sich Exporte in Entwicklungs- oder Schwellenländern von Billiglebensmitteln, die dort die regionale Landwirtschaft schädigen. Entwicklungshilfe soll den Ländern helfen und nicht den deutschen Unternehmen. Dieser Grundsatz muss gesetzlich geregelt werden.

Diese Länder sollen auch nicht dazu aufgefordert werden, bestimmte landwirtschaftliche Produkte herzustellen, die ihre eigene Umwelt massiv schädigen, um diese nach Deutschland zu importieren. Zum Beispiel sollte Palmöl, das durch die Abholzung von Regenwäldern produziert wurde, nicht nach Deutschland eingeführt werden dürfen. Gleiches gilt für Gen-Soja, der mithilfe massiver Behandlung mit Glyphosat erzeugt wurde. Wir müssen uns nicht nur um die Umwelt in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt sorgen, da wir alle von den Auswirkungen betroffen sind. In diesem Zusammenhang sollten auch die **bestehenden Freihandelsverträge mit den Afrikanischen Staaten überdacht und überarbeitet werden.** Hier wurden oftmals Bedingungen ausgehandelt, die unseren Lebensmittelexporteurern enorme Vorteile verschaffen. Hermesbürgschaften dürfen nicht erteilt werden, wenn sie das Kohärenzgebot nicht beachten

Ebenso muss bei den Verhandlungen zu Handelsabkommen **darauf geachtet werden, dass unser Markt nicht mit Lebensmitteln überschwemmt und damit die Preisspirale sich noch weiter nach unten dreht.** Unsere heimische Landwirtschaft sollte nicht durch neue Einflüsse von außen in ihrer Existenz bedroht werden. Beispielsweise liegen in den USA die Lohnkosten niedriger, die Flächen viel größer und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um ein Vielfaches höher. Durch Handelsabkommen könnten wir gezwungen werden, weitere mit Schadstoffen belastete Lebensmittel ins

Weltweit die Umwelt schützen

Handelsabkommen so ausgestalten, dass es keine Preisspirale nach unten gibt

Land zu lassen. Gerade die Verhandlungen zu TTIP haben das deutlich gezeigt.

Fördermechanismen

Die wirksamsten Regularien stellen in der Landwirtschaftspolitik die Fördermittel dar. Deutschland schöpft seine Möglichkeiten Mittel in die 2. Säule zu verlegen bei weitem nicht aus. Bei uns sind gerade mal 5,9% der EU-Subventionen in der 2. Säule, in Österreich z.B. mehr als die Hälfte. Langfristig müssen wir wegkommen von der Förderung nach Hektar (1. Säule) zu einer Belohnung für öffentliche Leistungen durch die 2. Säule. Wenn Landwirte, aber auch Lebensmittelbetriebe wie Molkereien, Fördergelder bekommen, so darf dies nicht ohne Gegenleistung und Bedingung erfolgen. Derzeit bezieht der durchschnittliche deutsche Landwirt die Hälfte seines Einkommens aus Subventionen. **Diejenigen Landwirte, die durch ihr Handeln die Umwelt schonen, gesunde Lebensmittel produzieren, die Tiere artgerecht und würdig halten, sollen dafür staatliche Leistungen bekommen.** Insbesondere der biologischen Lebensmittelproduktion, als der verträglichsten für Natur und Mensch, sollen mehr Fördergelder zur Verfügung gestellt werden, um Anreize zu schaffen, diese Produktion auszuweiten, damit sich mehr Menschen in Deutschland mit gesunden Lebensmitteln ernähren können.

Für eine Förderung regionaler Erzeugnisse müssen wir **gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung einer neuen Marktplatz/ Markthallenkultur** entwickeln. Kleinstbauern sollen wieder direkten Zugang zu den regionalen Absatzmärkten erhalten. Nicht zuletzt soll durch den Regionalvertrieb der unmittelbare Dialog zwischen Erzeugern und Konsumenten wiederhergestellt werden. Wir erhoffen uns, dass sich die regionale Landwirtschaft und

Fördermittel nur an Landwirte geben, die umweltschonend gesunde Lebensmittel produzieren

Gesetzliche Rahmenbedingungen für die Schaffung einer neuen Marktplatzkultur entwickeln

Tierzucht vermehrt nach den Wünschen der Verbraucher orientiert und weniger nach den Anforderungen der Zwischenhändler. **Zur Belebung der regionalen Marktkultur sollten für Bauern und Züchter Abgabenerleichterungen umgesetzt werden.** Ein Vorbild könnte das portugiesische regionale Marktsystem werden.

Bewusstsein schaffen

Neben den notwendigen Veränderungen in den Fördermechanismen der Landwirtschaft muss bei den Endverbrauchern, also den BürgerInnen, **Verständnis für einen nachhaltigen Konsum geschaffen werden.** Das angestrebte **transparente Kennzeichnungssystem für Inhaltsstoffe (Ampelsystem)** ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf die vollumfängliche Information über gesundheitsschädliche oder gefährdende Substanzen in seiner Nahrung. Bewusstsein schaffen bedeutet aber nicht nur über die Verpackung der Lebensmittel zu informieren.

1. Insbesondere müssen staatliche und öffentliche Strukturen der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung dafür Sorge tragen, dass **ausschließlich gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel angeboten** werden. Darüber hinaus müssen Kitas und Grundschulen darin unterstützt werden, **kindgerechte Bildungsangebote zur Ernährung und Gesundheit** umsetzen zu können.
2. Innerhalb der dt. Hochschullandschaft ist in den letzten Jahren das Ökologiestudium einer der attraktivsten Bildungsgänge geworden. Es wäre daher konsequent, auch **innerhalb der Schullandschaft das Unterrichtsfach Biologie und Ökologie zu verknüpfen, bzw. Ökologie als zusätzliches Wahlfach anzubieten.** Innerhalb von

Gesunde Lebensmittel in Kitas und Grundschulen anbieten

In Schulen das Fach Biologie mit Ökologie verknüpfen

Ganztagsschulen könnte nachhaltige Ökologie, sowie die Aufklärung über den Status Quo der Produktion durch ergänzende außerschulische Angebote bspw. finanziert durch ein gesondertes Bundesprogramm gefördert werden. Hauswirtschaftsunterricht, in dem der Umgang und die Verarbeitung von Lebensmitteln von der Herstellung bis zum Verzehr gelehrt wird, sollte in allen weiterführenden Schulen fester Bestandteil der Curricula sein.

3. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz sollte zukünftig besser, umfänglicher und für jeden Bürger transparent über Schadstoffe in Lebensmitteln informieren. Denkbar wäre die Entwicklung einer Verbraucher-APP, welche beim Scan eines Lebensmittelcodes im Supermarkt quasi in Echtzeit eine Unbedenklichkeitsempfehlung oder eine Produktwarnung anzeigen kann.

*Informationen durch das
Verbraucherschutzministerium
transparent kommunizieren*